



Strahlenschutzübung „Intrex“: Getestet wurde die Zusammenarbeit des Krisen- und Katastrophenmanagements.

Für Störfälle gerüstet

Bei der bundesweiten Strahlenschutzübung „Intrex 2012“ vom 22. bis 29. Oktober 2012 hat sich gezeigt, dass die Einsatzkräfte auf nukleare Katastrophen gut vorbereitet sind.

Die Strahlenschutzübung ging von einem Unfall aus, der mit der Intensität und dem Umfang des Unglücks in Fukushima vergleichbar war und nur 30 Kilometer von der österreichischen Staatsgrenze entfernt passierte. In weiterer Folge ging man davon aus, dass eine radioaktive Wolke über das nordöstliche Niederösterreich zieht. Blaulichtorganisationen wie das Rote Kreuz, die Feuerwehr und die Polizei nahmen an der Übung teil. Es wurden die Melde- und Alarmierungswege sowie das Zusammenarbeiten des Krisen- und Katastrophenmanagements getestet.

Österreich hat nach dem Fukushima-Unglück die bundesweiten Notfallpläne auf den neuesten Stand gebracht. Bei der mehrstufig angelegten *Intrex*-Übung vom 22. bis 29. Oktober 2012 wurden diese Pläne für den möglichen Praxisfall erprobt. „Bund, Länder und Einsatzorganisationen haben im letzten Jahr die gesamtstaatliche Notfallplanung für radiologische Zwischenfälle überarbeitet und auf den neuesten Stand gebracht“, sagte Innenministerin Mag.^a Johanna Mikl-Leitner nach Übungsende am 29. Oktober 2012 in Tulln. „Unsere Einsatzkräfte sind für den Ernstfall bestens gewappnet.“ Die

Strahlenschutzübung habe bewiesen, dass Österreich auf einen möglichen Störfall in einem angrenzenden Atomkraftwerk gut vorbereitet sei, sagte Umweltminister Dipl.-Ing. Nikolaus Berlakovich.

Strahlenfrühwarnsystem. Das Umweltministerium verfügt über leistungsfähige Mess- und Prognosesysteme, die im Fall des Falles wertvolle Zeit zum Schutz der Bevölkerung gewinnen. Mit einem flächendeckenden Strahlenfrühwarnsystem können nicht nur die Messdaten innerhalb Österreichs abgerufen werden, sondern auch jene aller AKW-Nachbarstaaten. Darüber hinaus stellt ein Internet-Kommunikationssystem allen zuständigen Bundes- und Landesstellen laufend aktuelle radiologische Lagedarstellungen und Informationen zur Verfügung.

Die Ergebnisse der jüngsten Stress-tests für europäische Atomkraftwerke haben bestätigt, dass es für Atomenergie keine absolute Sicherheit geben kann. Österreich grenzt an sechs AKW-Staaten, elf Kraftwerke liegen in maximal 150 Kilometern Entfernung von der österreichischen Grenze. Die Ergebnisse der AKW-Stresstests wer-

den von österreichischer Seite nun vor allem für die Anlagen in den Nachbarstaaten genau analysiert. Umweltminister Berlakovich hat ein Expertenteam beauftragt, offene Fragen und Kritikpunkte im Detail aufzuarbeiten. „Für Risiken, die bei den Stresstests ans Licht gekommen sind, gibt es nur zwei Alternativen: nachrüsten oder zusperrn“, sagte Berlakovich.

„Spätestens seit der Atomkatastrophe in der ukrainischen Stadt Tschernobyl im Jahr 1986 wissen wir, dass Atomenergie vor Landesgrenzen nicht Halt macht. Als Katastrophenschutzministerin nehme ich diese Gefahren sehr ernst und wir haben uns im Innenministerium bestmöglich auf diese Gefahren vorbereitet“, betonte Mikl-Leitner. „Nach Fukushima hat in vielen Ländern ein Umdenken eingesetzt. Deutschland, Japan, die Schweiz und Italien haben ihre vorherige Atompolitik über Bord geworfen. Leider hat dieses Umdenken noch nicht alle europäischen Staaten erfasst. Daher werde ich weiterhin mit Nachdruck für die Einrichtung eines gesamteuropäischen Nuklearsicherheitssystems eintreten“, sagte Berlakovich. „Denn Atomkraft ist und bleibt die gefährlichste und damit verantwortungsloseste Art der Energienutzung.“